

10.000 Flüchtlinge in Berlin haben einen festen Job

Berlin - In der Hauptstadt haben zur Zeit etwa 10.000 Flüchtlinge eine feste Beschäftigung. Weitere 28.000 kommen „für den Arbeitsmarkt grundsätzlich in Frage“. Das teilte jetzt Bernd Becking, Regionaldirektionsleiter der Agentur für Arbeit in Berlin mit. Elke Breitenbach (Linke), Integrationssenatorin ergänzte, es seien viele Herausforderungen zu meistern, um die positive Entwicklung voranzutreiben. Im Mittelpunkt stehe dabei das Erlernen der deutschen Sprache.

30-Jährige wurde in Pankow Opfer eines Gewaltverbrechens

Berlin – Ein Spaziergänger hat am Sonntagvormittag gegen 11.40 Uhr an einem Bahngelände an der Dolomitenstraße in Pankow eine weibliche Leiche aufgefunden. Die 30-Jährige Melanie R. war Kommunikationswissenschaftlerin, die sich professionell mit den Sozialen Netzwerken beschäftigte, und erst vor kurzem aus Afrika zurückgekehrt. Die Spuren am Tatort deuten auf ein Gewaltverbrechen hin.

Weil sich ihre Kinder zankten: Serbische Familien gingen aufeinander los

Berlin – Weil Kinder auf einem Berliner Spielplatz in Streit geraten waren, gingen elf Angehörige zweier serbischer Großfamilien brutal aufeinander los. Einer schlug dabei einem anderen Elternteil eine Flasche auf den Kopf. Auf dem Weg zu Fuß zur Notaufnahme des Jüdischen Krankenhauses verfolgten neun Personen das Paar, traten und schlugen auf sie ein. Als sich Zeugen einmischten, wurden auch sie körperlich attackiert. Die Polizei rückte mit mehreren Streifenwagen an, um die Situation vor dem Krankenhaus unter Kontrolle zu bekommen.

Verständnis für Hausbesetzer? CDU und AfD sagen Nein!

von KLAUS KELLE

Der Spuk dauerte nur wenige Stunden, dann wurden die besetzten Häuser in Kreuzberg und Neuköln von der Polizei geräumt. Berlin hat schon andere Stürme überlebt. Unmittelbar nach der Wende war ich früh am Morgen als Reporter dabei, als die

besetzten Häuser in der berüchtigten Mainzer Straße im Ostteil der Stadt von einem massiven Polizeiaufgebot, darunter viele Hundertschaften aus Westdeutschland, geräumt wurden. Die Besetzer gingen mit massiver Gewalt gegen die Beamten vor, warfen Benzinboden – sogenannte Molotowcocktails – und Steine. Es gab zahlreiche Verletzte.

Kein Vergleich zu den aktuellen Räumungen, die weitgehend friedlich verliefen. Dennoch löste das Vorgehen der Besetzer aus dem linksradikalen Spektrum eine bundesweite Diskussion über Wohneigentum und Gentrifizierung aus. Gentrifizierung? Das nennt man in diesen Kreisen auch „Yuppisierung“. Gemeint ist damit ein teilweiser Austausch der Bevölkerung, nachdem ein Stadtteil entwickelt und restauriert worden ist. Hausfassaden werden gestrichen, Straßenpflaster erneuert, es entstehen neue schicke Restaurants und Clubs, die „Crowd-People“ entdecken das Quartier für sich. Wohnungen werden saniert und kosten plötzlich deutlich mehr Miete als zuvor.

Eine gute Entwicklung in den Augen der bürgerlichen Mehrheit, der Horror für diejenigen, die am unteren Rand der Gesellschaft leben und diejenigen, die nicht wahrhaben sollen, wie gut eine freiheitliche Gesellschaft funktionieren kann. Für linke Bürgerkinder, die in der Hauptstadt schon immer gern Revolution spielten, eine Entwicklung, die bekämpft werden muss. Als die Partyszene vor Jahren Kreuzberg und seine schicken Bars und Restaurants entdeckte, gab es reihenweise Anschläge linker Chaoten auf Restaurants und Nobelkarrossen davor. Ich hatte auch einmal das zweifelhafte Vergnügen, als ich nach einem Abendessen in Kreuzberg alle vier Reifen meines BMW abgestochen vorfand. Ich habe es nicht einmal bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Bringt doch eh nichts.

Ist es legitim, wenn sich „Arme“ gegen die Weiterentwicklung ihres Stadtteils wehren? Ja, wenn sie es auf Demonstrationen tun oder in der Wahlkabine. Wir haben Demokratie hier. Nein, wenn sie sich etwas nehmen wollen, das ihnen nicht gehört. Denn wir haben auch Rechtsstaat hier. Der rot-rot-grüne Senat

in Berlin zeigte in Erklärungen Verständnis für die Besetzer. Zwei Parteien im Abgeordnetenhaus bezeichneten das Vorgehen der Besetzer als das, was es war: Rechtsbruch. Diese Parteien waren CDU und AfD....

Neuer Forschungsbau „Der Simulierte Mensch“ für Berlin

Trier/Berlin – In seiner j+ngsten Sitzung in Trier hat der Wissenschaftsrat die Errichtung des Forschungsbaus „Der Simulierte Mensch“ (Si-M) in Berlin empfohlen. Damit sollen Forscherinnen und Forscher der Technischen Universität Berlin und der Charité – Universitätsmedizin Berlin in unmittelbarer Nähe zum Campus Virchow-Klinikum hochmoderne Infrastruktur für die Modellierung humaner Zell- und Organfunktionen erhalten.

In interdisziplinären Teams wollen sie dort mithilfe von Technologien wie 3D-Kultivierung, Multi-Organ-Chips oder 3D-Bioprinting die Erforschung menschlicher Organmodelle weiterentwickeln und dadurch auch einen Beitrag zur weiteren Reduktion von Tierversuchen leisten. Das Vorhaben wurde vom Wissenschaftsrat als hochinnovativ und zukunftsweisend bewertet, die Kosten des Forschungsbaus in Höhe von 34 Mio. Euro sollen anteilig vom Bund und vom Land Berlin im Rahmen des Programms für Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91b GG) getragen werden.

Elfjährige Kinder auf Spielplätzen beleidigt und geschlagen

Berlin – Zwei elfjährige Kinder sind gestern Nachmittag auf Spielplätzen in Mitte und Neuköln fremdenfeindlich beschimpft und in einem Fall geschlagen worden.

In Mitte rief die Mutter des einen Mädchens gegen 16.40 Uhr die Polizei, nachdem ihre Tochter beleidigt worden war. Das „südländisch aussehende Mädchen“ hatte mit Freundinnen gespielt, als ein „mitteleuropäisch wirkender Mann“ sich über die Lautstärke beschwerte. Als das Mädchen widersprach, beschimpfte der Mann sie als „Kanake“ und lief dann weg.

Ähnliches ereignete sich in Neukölln hinter dem U-Bahnhof Johannithaler Chaussee. Dort spielten ein elfjähriger polnischer Junge und ein gleichaltriger Freund zusammen, als plötzlich vier Jugendliche auftauchten und sich über das polnische Kind lustig machten und es beleidigten. Dann stießen sie ihn gegen die Rippen und schlugen ihn mehrfach mit Fäusten ins Gesicht. Als die Polizei kam, waren die Täter schon über alle Berge.

Es scheint, als wollten die

Berliner solche Regierenden

von KLAUS KELLE

Berlin – Mehr Offenbarungseid geht nicht: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller von der SPD hat eingeräumt, dass es in der deutschen Hauptstadt Ecken gibt, in denen man bei Dunkelheit lieber nicht allein unterwegs sein sollte. In einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* sprach Müller jetzt von „Gegenden, in denen man sich zu später Stunde lieber ein Taxi nimmt als alleine zu Fuß unterwegs zu sein.“

Was ist eigentlich das wichtigste Versprechen, dass ein Staat gegenüber seinen Bürgern einhalten muss? Grundschulkindern sexuelle Vielfalt nahezubringen? Klos für Menschen in Innenstädten zu bauen, die sich nicht entscheiden können, ob sie Mann oder Frau sein wollen? Oder vielleicht doch ein hohes Maß an Sicherheit herzustellen, auch wenn man weiß, dass es die absolut nicht geben kann?

Es ist ein Armutszeugnis, wie sich die pulsierende Metropole Berlin in den vergangenen Jahren unter Wowereit und Müller entwickelt hat. Und die stehen immerhin in der Tradition phantastischer Vorgänger wie Ernst Reuter, Willy Brandt und Richard von Weizsäcker.

Was ist es, dass die Berliner heutzutage immer wieder dazu bringt, offenbar überforderte Politiker ins Amt zu wählen? Jeder sieht, dass die Hauptstadt hinter den glitzernden Shopping-Zentren und hippen Clubs an allen Ecken und Enden bröckelt. Wie kann man nur auf den Gedanken kommen, eine rot-rot-grüne Stadtregierung zu wählen, die weder die Kriminalität unter Kontrolle hält noch einen Flughafen bauen kann?

Ich will es Ihnen sagen: Weil es auch in dieser Stadt derzeit keine ernsthafte politische Alternative gibt. Wer soll es denn machen? Die CDU? *Diese CDU?* Diese weichgespülte, konturenlose und teilweise zerstrittene Volkspartei der Mitte,

die keine 20 Prozent der Wähler mehr hinter sich versammelt? Oder die FDP? Gibt es die überhaupt noch in Berlin? Die AfD? Die wenigstens unter ihrem Fraktionschef Georg Pazderski, einem ehemaligen Bundeswehr-Oberst, dafür sorgt, dass die wichtigen Themen im Abgeordnetenhaus auf die Tagesordnung kommen.

Nein, die Wahrheit ist: Die Berliner wollen einen wie Michael Müller. Und das ist eine ganz traurige Nachricht für diese Stadt.

Knöllchen geschrieben – dann ging's los

Berlin – In manchen Brennpunktbezirken unserer Stadt ist das inzwischen trauriger Alltag. Als eine Polizeistreife am Samstagabend in Neukölln ein Knöllchen schreiben will, eskaliert die Situation. Gegen 19 Uhr war den Beamten ein Renault aufgefallen, der an der Hermannstraße in der zweiten Reihe parkte und den Verkehr behinderte.

Als die Beamten eine Anzeige schrieben, erschien der Fahrer – ein 21-jähriger türkischstämmiger Mann – und weigerte sich, sein Auto wegzufahren. Er beschimpfte die Polizisten, bedrohte sie und versetzte einer Beamtin einen Stoß gegen den Oberkörper.

Als sie den rabiaten Mann fesseln wollten, kamen dessen Mutter uns eine junge Frau hinzu, während sich auf der Straße ein aggressiver Mob von etwa 30 Personen zusammenrottete. Erst als zusätzliche Streifenwagen eintrafen und die Polizei mit dem Einsatz von Reizgas drohte, beruhigte sich die Lage. Mehrere Anzeigen wegen Widerstands gegen die Polizei und versuchter

Gefangenbefreiung wurden geschrieben.

Jüdisches Mädchen von Mitschülern mit dem Tod bedroht

Berlin – Nach einem antisemitischen Vorfall an der Paul-Simmel-Schule in Tempelhof hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD, Foto) die Berliner aufgerufen, sich konsequent gegen antisemitische Äußerungen zu stellen. Gegenüber dem *Tagesspiegel* sagte Müller: „Dafür müssen alle genau hingucken und hinhören, die Sensibilität jedes einzelnen von uns ist gefordert, um so etwas zu verhindern.“

An der Schule sei ein jüdisches Mädchen mehrfach von muslimischen Mitschülern beschimpft und mit dem Tod bedroht worden sein, weil sie nicht an Allah glaube.

Linksterroristen legen Tausende Haushalte in

Charlottenburg lahm

Berlin – Eine linksextreme Terrororganisation, die sich selbst „Vulkangruppe NetzHerrschaft zerreißen“ nennt, hat heute in der Mittagszeit an der über den Westhafenkanal führenden Brücke acht 10-Kilovolt-Stromkabel zerstört. Der Kabelbrand an der Mörschbrücke am Tegeler Weg in im Stadtteil Charlottenburg kappte über Stunden die Stromversorgung von 6.500 Privathaushalten und 400 Unternehmen.

An zwei je vier Meter breiten Kabelsträngen hätten die Attentäter Feuer gelegt – nur etwa 15 Meter von Gasleitungen entfernt.

Im Internet schrieben die Terroristen: „Wir haben heute ein paar wichtige Netzwerkverbindungen gekappt und dadurch den Zugriff auf unser Leben unterbrochen – ein bescheidener Beitrag, einen Moment unkontrollierten Lebens zu schaffen.“